Bezugspreis.
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 540. **Halle** a. d. Saale, **Donnerstag, den 16. November** **1905.**

Der Mann der neuen Kolonialära.

Das große Rätsel hat über Nacht seine Lösung gefunden. Die „Nordd. Allg. Ztg." verkündet den Namen des neuen Kolonialsekretärs; es ist, wie bereits mitgeteilt, der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, Sohn des Statthalters von Elsaß-Lothringen und bis vor kurzem Regent der Herzogtümer Koburg und Gotha. Die Ernennung wirkt zunächst stark überraschend. Nicht ein einziges Mal im Laufe der Preßerörterungen über die künftige Besetzung des Kolonialamts ist der Name des Erbprinzen von Hohenlohe in der Debatte genannt worden. Noch bis zuletzt wurde die öffentliche Meinung irre geführt, und die „Deutsche Tageszeitung" wollte gestern sogar von wohlinformierter Seite darüber unterrichtet sein, daß der Vorsitzende des „Norddeutschen Lloyd", Dr. Wiegand, der kommende Mann des Kolonialamts sei. Welche stattliche Zahl von Kandidaten wurde nicht überhaupt genannt. Da fand sich der Name des vielgereisten Vizepräsidenten des Reichstags, Geheimrat Professor Dr. Paasche, neben dem Namen des Zentrumsabgeordneten Dr. Porsch; ihre Aussichten wurden in den Hintergrund gedrängt durch die Nennung des Grafen Götzen, Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika. Da dieser für länger, als man zuerst vermutete, in der Kolonie zurückgehalten wird, sprach die „Frkf. Ztg." von der Möglichkeit, daß Gouverneur Dr. Solf von Samoa Stübels Nachfolger werde. Ganz zuletzt tauchte der Name des Prinzen von Arenberg auf und schließlich der des Dr. Wiegand. Vermutlich ist erst in allerletzter Zeit, vielleicht erst gelegentlich des Aufenthaltes des Kaisers in Nürnberg, die Entscheidung über die Personenfrage gefallen; berichtet doch die „Nordd. Allg. Ztg." nachträglich, daß der Kaiser in Nürnberg einen Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen habe.

Um so überraschender muß dieser Ausgang der Personenfrage wirken, als der Prinz von Hohenlohe in der Kolonialpolitik, soviel bekannt geworden ist, bisher in keiner Weise hervorgetreten ist. Man kann dies für einen Nachteil, aber auch für einen Vorzug erachten; für einen Nachteil insofern, als man geneigt sein wird, anzunehmen, daß der Prinz vielleicht ein gewisses Manko an intimer Sachkenntnis auf kolonialem Gebiet aufzuweisen vermag; für einen Vorzug andrerseits, als man aus dem amtlichen Vorleben des Prinzen folgern muß, daß er der gesamten kolonialpolitischen Situation äußerlich und innerlich unbefangen und ungebunden, vielmehr objektiv und subjektiv frei gegenüber steht. Wenn tatsächlich eine neue Aera begründet werden soll, so ist es natürlich das Beste, wenn der neue Mann durch seine politische Vergangenheit nicht mit tausend Fasern an die alte Kolonialära verknüpft ist, und unter diesem Gesichtspunkte ist die Berufung des Prinzen ganz gewiß als ein erfreuliches Zeichen zu betrachten. Er hat freie Hand; er gehört nicht zu den Männern, denen man das Fiasko der Kolonialverwaltung zur Last legen muß.

Ein weiterer Vorzug ist ferner bei den nun einmal bei uns herrschenden Zuständen, daß der Erbprinz auch zu dem Kreise derjenigen Persönlichkeiten zu rechnen ist, die Gelegenheit haben, mit dem Monarchen in persönlicher Fühlung zu sein. Wenn bekannt geworden ist, daß ein Minister während seiner ganzen ministeriellen Amtsperiode nur zweimal die Möglichkeit zu einem persönlichen Vortrage bei dem Monarchen erhielt, so ist ein recht wesentlicher Wert darauf zu legen, daß das Kolonialamt mit einer Persönlichkeit besetzt ist, welcher der Zugang zu den engen Zirkeln des Hoflebens jedenfalls offen steht. Es kommt hinzu, daß dem Erbprinzen in Kreisen, die seinem früheren Wirken nahe gestanden haben, die ihn als Standesherrn in der Ersten württembergischen Kammer, als gothaischen Reichsverweser beobachteten, nachgesagt wird, daß er ein vorurteilsloser und weitblickender Mann sei. Einen Beweis dessen hat er jedenfalls in seiner Behandlung der gothaischen Domänenfrage erbracht, wo er sich mit dem liberalen Staatsminister Hentig, dem von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung" vielfach angefeindeten Politiker, solidarisch erklärte, und eine glückliche Lösung in der kritischen Angelegenheit vor dem Regierungsantritt des Herzogs Karl Eduard herbeiführte. Ob der ehemalige Staatsminister Hentig in Zukunft auch für den Kolonialdienst herangezogen werden wird — einige Blätter nannten ihn einige Zeit lang fälschlicher Weise als voraussichtlichen Nachfolger von Lucanus — muß man abwarten. Jedenfalls läßt es die erforderliche Verwaltungsreorganisation in den Kolonien als äußerst wünschenswert erscheinen, daß Leute von liberalem Sinn und liberaler Denkart den Beamtenstab des neuen Kolonialsekretärs bilden, Leute, die entfernt von Engherzigkeit, fähig sind, das Programm des Reichskanzlers von der Einführung möglichster Selbstverwaltung nach englischem Muster in den deutschen Kolonien allmählich zur Durchführung zu bringen und die durch das Deutschtum den Eingeborenen in den überseeischen Territorien nicht das Bewußtsein ihrer größeren Minderwertigkeit, nicht größeren Zwang und größere Abhängigkeit, sondern wirklich größere Kultur und größere Freiheit bringen. Die moralische Regeneration des Kolonialwesens ist nur durchzuführen, wenn man durch das Kolonialwesen einen frischen liberalen Hauch hindurchgehen läßt, wenn man Beamte an die Spitze stellt, die den Kolonialbestrebungen ideellen Gehalt, ideellen Wert zu verleihen vermögen, und die planmäßig auf die Herbeiführung eines zukünftigen Zustandes hinarbeiten, in dem die Kolonien auf eigene Füße gestellt erscheinen; nicht mehr dürfen die Kolonien die Abschubstelle für verkrachte Existenzen sein, sondern die Elite der Beamtenschaft ist hinausjusenden, Männer, die etwas wollen und etwas können, und die imstande sind, an die Stelle des Fehlschlags zwanzigjähriger Bestrebungen einen Erfolg zu setzen.

Freilich können wir uns nicht ganz von aller Skepsis frei machen. Das Herrentum, das seine unglücklichen Wirkungen ja auch in der Heimatpolitik zeitigt, ist einigen Klassen so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß es schwer, fast unmöglich erscheinen dürfte, die Durchführung von wahrer Kulturarbeit in den Kolonien erreicht zu sehen. Es mag sein, daß die Einsicht bei der höchsten Leitung des Kolonialwesens vorhanden sein wird. Aber es fehlt die obere und niedere koloniale Beamtenschaft, die etwas anderes in den Kolonialstellen sieht, als den kurzen Durchgangsposten, als die kurzfristige Broistelle, von der es gilt, baldmöglichst wieder zur Heimat zurückzukehren. Das ist so bei den Unternehmern und ihrer Beamtenschaft wie bei den staatlichen Organen, und wird erst dann anders werden, wenn eine tatsächliche dauernde Ansässigkeit und mit ihr ein Verantwortlichkeits-Empfinden für die Kulturleistungen in den Kolonien geschaffen wird. Ob uns der Erbprinz von Hohenlohe die neue Aera bringen wird, ob nicht wieder die gleichen Fehler wie bisher gemacht werden, bleibt bei der Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände nach wie vor mit starkem Mißtrauen abzuwarten. F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Das Blatt „Etoile Belge" bestätigt, daß König Leopold von Belgien der Feier der silbernen Hochzeit des deutschen Kaiserpaares in Berlin beiwohnen wird.

— Der „Staatsanz." veröffentlicht die Verleihung der Kette zum Schwarzen Adlerorden an den König von Spanien.

— Der König von Portugal wird Berlin und Wien nicht besuchen.

Zur Reichstagsstichwahl in Eisenach.

Die Leitung der Militärvereine greift auch in die Eisenacher Stichwahl ein. Sie erklärt: „Für die bürgerlichen Parteien kann es selbstverständlich bei der Stichwahl keine andere Parole geben, als gegen die Sozialdemokratie. Wer anders handeln wollte, würde sich am Vaterland versündigen."

Eine für gestern angesetzte antisemitische Wählerversammlung, in der Lattmann und Schack sprechen wollten, wurde durch das schonungslose und mit Gewalt erfolgte Eindringen von Sozialdemokraten in das Versammlungslokal vereitelt.

Die Krisis im Bergbaulichen Verein.

Als Grund für den Rücktritt des Geh. Bergrats Krabler, der nunmehr acht Wochen nach Herrn Kirdorf den Vorsitz im Verein für die bergbaulichen Interessen niedergelegt hat, wird der „Tägl. Rundsch." von privater Seite angegeben, daß jüngst ein Antrag Kirdorfs auf Aufhebung der sogenannten „Sperre" gegen die Arbeiter gegen den Widerspruch Krablers vom Bergbaulichen Verein angenommen worden sei. Bereits beim Bekanntwerden des Rücktritts des Geheimrats Kirdorf kamen verschiedene Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Herren in Umlauf. Herr Kirdorf betonte allerdings dabei, daß kein persönlicher Gegensatz bestände, und fügte hinzu, der Grund seines Rücktritts liege in den sächsischen Bedenken, den Vorsitz des Kohlensyndikats und des Bergbauvereins in einer Hand zu sehen, wodurch Mißverständnisse, insbesondere bei Arbeiterkreisen, entstanden seien, zumal er häufig im laufenden Jahre den ersten Vorsitzenden des Bergbauvereins habe vertreten müssen.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Anläßlich des „Vorwärts"-Krachs kommt es jetzt auch innerhalb der Gewerkschaften zu einem Aufeinanderprallen der Geister, nachdem das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dadurch in den Kampf eingegriffen hat, daß es einen Artikel im Sinne der entlassenen sechs Redakteure als Büßerübung den Gewerkschaftsorganen zuschickte. Das Blatt „Der Steinarbeiter" hat sich schaf gegen dieses Vorgehen gewandt und den Abdruck abgelehnt. Eine große Versammlung der organisierten Berliner Steinarbeiter beschäftigte sich am Sonntag mit der Angelegenheit und faßte dazu folgende Resolution:

„Als die am nächsten dazu Berufenen erklären sich die im Gewerkschaftshause versammelten Steinarbeiter mit der Haltung des „Steinarbeiter" in Sachen des „Vorwärts"-Konflikts einverstanden. Sie verurteilen das Verhalten des Korrespondenzblattes der Generalkommission und seiner Neben- und Hintermänner auf das schärfste, da sie darin eine schwere Schädigung nicht nur der Partei, sondern auch der gesamten Arbeiterbewegung erblicken."

Der „Streikbrecher" Redakteur Ströbel trat als Referent in der Versammlung auf; die Diskussionsredner ließen keinen Zweifel darüber, daß mit den in der Resolution genannten „Neben- und Hintermännern" der Gewerkschaftskommission die sechs entlassenen Redakteure gemeint sind. Sämtliche Redner sprachen sich gegen die Sechs aus. Redakteure dürfe man nicht als Arbeiter betrachten, sondern gewissermaßen als „Parteiminister"; auf ihre Stellung dürfe man nicht die Begriffe „Streikbrecher" und „Streikarbeit" anwenden. Sie müßten gehen, wenn man nicht mehr mit ihnen zufrieden sei. Gegen das Eingreifen der Gewerkschaftskommission in den Streit soll noch in weiteren Gewerkschaftsversammlungen protestiert werden.

Der oben erwähnte Artikel des vom Abgeordneten Legien geleiteten Korrespondenzblattes schließt wie folgt:

„Wir resumieren unser Urteil dahingehend: Der „Vorwärts"-Konflikt hat an sich mit der Gewerkschaftsbewegung wenig zu tun. Die Art seiner Erledigung indes ist es, die allen gewerkschaftlichen Anschauungen ins Gesicht schlägt; sie ist geeignet, den Widerstand des kapitalistischen Herrentums moralisch zu stärken und unserem Ringen für volle Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis den Ernst der inneren Wahrheit zu rauben. Um unserer ehrlichen Ueberzeugung willen, für einen gerechten Anspruch der Arbeiterklasse zu kämpfen, müssen wir dagegen Einspruch erheben, daß die den Gewerkschaften eng befreundete Arbeiterpartei ihre Angestellten gegenüber unseren Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft als minderen Rechts behandelt. Wir anerkennen, daß die Anstellungsverhältnisse innerhalb der modernen Arbeiterbewegung nicht lediglich nach Grundsätzen zu bemessen sind, die gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum gelten. Wir dürfen aber mit Recht verlangen, daß diese Angestellten nicht in einer Weise behandelt werden, die diesen Grundsätzen schnurstracks zuwiderläuft und den Hohn unserer Gegner geradezu herausfordert. Unsere Anstellungsverhältnisse sollen für die bürgerliche Gesellschaft in jeder Beziehung musterhaft sein, mag es sich um den einfachsten Arbeiter oder um den ersten Angestellten handeln."

*

Die Organisationsvertreter der drei Hamburger Wahlkreise hatten, wie der „Vorwärts" mitteilt, beschlossen, eine allgemeine Versammlung zu dem „Vorwärts"-Konflikt abzuhalten und Bebel als Referenten einzuladen. Letzterer hatte Bedenken, die Einladung anzunehmen, und unterbreitete die Angelegenheit dem Parteivorstand. Dieser beschloß einstimmig, die Hamburger Genossen zu ersuchen, von dem Vorhaben, Bebel zum Referenten zu bestellen, abzustehen. Es gehe nicht an, daß Bebel, der persönlich in die Konfliktsangelegenheit verwickelt ist, als Referent auftrete, auch werde damit die ganze Angelegenheit aufs neue aufgerollt, und die Polemik beginne womöglich von vorn.

Der Reichstagsabgeordnete und „festbesoldete Mitarbeiter" der „Sächsischen Arbeiterztg.", Dr. Grodnauer, tritt in dem offiziellen Organ der sächsischen Sozialdemokratie der Darstellung der „Vorwärts"-Preßkommission entgegen, als habe seit Jahren ein dauernder Konflikt zwischen den Redakteuren und den Berliner Parteigenossen geherrscht, und als seien die Kündigungen nur das letzte Wort gewesen. Dr. Grodnauer schreibt, im Verlauf der beiden letzten Jahre habe die Berliner Preßkommission auch nicht ein einziges Mal gegen einen von ihm verfaßten Artikel Stellung genommen. Zum Gegenteil, einmal sei ein mit der Auffassung der Redaktion nicht harmonierender Artikel der Genossin Rosa Luxemburg im Einverständnis mit der Preßkommission zurückgewiesen worden, und ein andermal habe dieselbe Kommission, bis auf den jetzt zum Redakteur des „Vorwärts" avancierten Genossen Weber, die scharfe Abwehr des leidenschaftlichen Angriffs Kautskys gutgeheißen.

Die Fleischnot.

Angesichts der Fleischnot haben jetzt die beteiligten preußischen Ministerien, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" erfährt, beim Bundesrat den Antrag gestellt, daß sog. einfinnige Rinder, nachdem sie zerstückelt 21 Tage lang im Kühlraum gehangen haben, zum freien Verkehr zugelassen werden. Bisher wurde das Fleisch solcher Tiere als minderwertig gekennzeichnet und auf der Freibank verkrieben. Der Verkauf, der hieraus erwuchs, bezifferte sich auf fast 3 Millionen Mark jährlich. Der preußische Antrag, dem der Bundesrat zweifellos seine Zustimmung erteilen wird, bedeutet einen Erfolg der Petition des Deutschen Fleischer-Verbandes vom 1. Mai 1905.

Von kundiger Seite erfährt die „Deutsche Tageszeitung", daß die österreichische Regierung die Durchfuhr russischer Schweine nicht gestattet habe. Tatsächlich sind die oberschlesischen Fleischer ohne Antwort darüber geblieben, ob der Reichskanzler etwas in Wien für sie getan habe.

Nach dem Beispiel anderer Städte hat man auch in Erfurt versucht, zur Bekämpfung der Fleischteuerung geschlachtete ungarische Bakonierschweine einzuführen. Gestern traf der zweite größere Transport, etliche 40 Stück, in Erfurt ein. Indes wirkt bei dieser Einfuhr eine Reihe so ungünstiger Faktoren mit, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, die hohen Preise für Schweinefleisch irgendwie zu beeinflussen. Auf dem zuzeit vier Tage währenden Transport verendet regelmäßig eine Anzahl Schweine, weshalb der Preis für die übrigen einen erheblichen Aufschlag erfahren muß. Das Fleisch der eingeführten Schweine wird mit 79 Pfg. pro Pfund bezahlt, woraus schon von selbst hervorgeht, daß die Fleischteuerung noch fortbesteht.

Die Sicherung der Bauforderung.

Aus dem Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderung ist noch folgendes mitzuteilen. Ueber die Baugläubiger handeln die §§ 10—16; die einzelnen Paragraphen lauten:

§ 10. Als Baugläubiger gelten die an der Herstellung des Gebäudes oder eines einzelnen Teiles des Gebäudes auf Grund eines Werk- oder Dienstvertrages Beteiligten, sowie diejenigen, welche zur Herstellung des Gebäudes Sachen geliefert haben, wegen ihrer Ansprüche auf die in Geld vereinbarte Vergütung, sofern die Werk-, Dienst- oder Lieferungsverträge von dem Eigentümer der Baustelle oder für dessen Rechnung geschlossen worden sind. Dem Eigentümer der Baustelle steht gleich, wer den Bau mit Zustimmung des Eigentümers als Bauherr ausführt. Durch eine nachträgliche Veräußerung der Baustelle werden die Rechte der Baugläubiger nicht berührt.

§ 11. Wird die Herstellung des Gebäudes oder eines einzelnen Teiles des Gebäudes von dem Eigentümer einem Unternehmer übertragen, so gelten die im § 10 Satz 1 bezeichneten Personen wegen ihrer Ansprüche auf die in Geld vereinbarte Vergütung auch dann als Baugläubiger, wenn die Verträge von dem Unternehmer, oder, falls die Herstellung an andere Unternehmer weiter übertragen wo den ist, von einem weiteren Unternehmer geschlossen worden sind, und der Eigentümer wußte, oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht wußte, daß dem ersten Unternehmer ausreichende Mittel zur Befriedigung der aus der Herstellung des Gebäudes erwachsenden Forderungen nicht zu Gebote standen, oder daß er nicht die Absicht hatte, diese Forderungen in vollem Umfange zu befriedigen. Den von einem Unternehmer geschlossenen Verträgen stehen solche Verträge gleich, die für seine Rechnung geschlossen worden sind.

§ 12. Der Anspruch eines Baugläubigers kommt als Bauforderung nur insoweit in Betracht, als die Leistung des Baugläubigers in dem Bau verwendet worden ist. Ist diese Verwendung nicht vollständig erfolgt, so ist die vereinbarte Vergütung in dem Verhältnisse herabzusetzen, in welchem bei dem Abschlusse des Vertrages der Wert der vereinbarten Leistung zu dem Werte der in den Bau verwendeten Leistung gestanden haben würde.

§ 13. Wird bei der Vereinbarung einer Vergütung die übliche Vergütung offenbar in erheblichem Maße überschritten, so kann jeder Beteiligte verlangen, daß die Forderung als Bauforderung nur in Höhe des Betrages berücksichtigt wird, welcher dem üblichen Preise entspricht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051116024/fragment/page=0001

§ 14. Sobald festgestellt ist, daß baupolizeiliche Bedenken, das Gebäude in Gebrauch zu nehmen, nicht bestehen, hat die Baupolizeibehörde dies binnen zwei Wochen in dem für ihre Bekanntmachungen bestimmten Blatte zu veröffentlichen. In gleicher Weise hat die Baupolizeibehörde zu verfahren, wenn die Fortsetzung des Baues nicht innerhalb einer von ihr auf Antrag eines Baugläubigers bestimmten Frist erfolgt ist oder auf Antrag eines Beteiligten festgestellt ist, daß die Bauerlaubnis nach dem Beginn des Baues erloschen ist.

Ist ein Bauvermerk eingetragen, so hat die Baupolizeibehörde die gemäß Absatz 1 erfolgte Veröffentlichung dem Grundbuchamte unverzüglich mitzuteilen. Innerhalb einer Frist von zwei Monaten, die mit dem Tage beginnt, an welchem das die Veröffentlichung enthaltende Blatt ausgegeben wird, können die Baugläubiger auf Grund des Bauvermerks ihre Bauforderungen bei dem Grundbuchamte anmelden.

§ 15. Die Anmeldung einer Bauforderung ist nur wirksam, wenn bis zum Ablaufe der Anmeldungsfrist die schriftliche Zustimmung des Eigentümers zur Anmeldung oder eine gegen den Eigentümer ergangene, die Anmeldung zulassende einstweilige Verfügung zu den Akten des Grundbuchamtes eingereicht wird. Das Grundbuchamt hat, sobald eine Anmeldung wirksam geworden ist, dem Anmeldenden eine Bescheinigung über die Anmeldung zu erteilen.

Zur Erlassung der einstweiligen Verfügung sind glaubhaft zu machen:

1. der von dem Anmeldenden abgeschlossene Vertrag;
2. die Verwendung seiner Leistungen in dem Bau und bei teilweiser Verwendung der nach § 12 zu berechnende Betrag der Bauforderung;
3. wenn der Vertrag nicht mit dem Eigentümer abgeschlossen ist, die Voraussetzungen, unter denen nach den §§ 10, 11 der Vertrag einem mit dem Eigentümer geschlossenen Vertrage gleichsteht.

§ 16. Die Zurücknahme einer Anmeldung bedarf der für Eintragungsbewilligungen in der Grundbuchordnung vorgeschriebenen Form.

Der Zurücknahme einer Anmeldung steht es gleich, wenn dem Grundbuchamte nachgewiesen wird, daß für die angemeldete Forderung Sicherheit durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren geleistet ist.

Das Grundbuchamt hat auf Antrag dem Anmeldenden eine Frist zu bestimmen, binnen welcher dieser dem Grundbuchamte die Einwilligung in die Rückgabe der Sicherheit zu erklären oder die Erhebung der Klage wegen seiner Forderung nachzuweisen hat. Nach dem Ablaufe der Frist hat das Grundbuchamt auf Antrag die Zurückgabe der Sicherheit anzuordnen, wenn nicht inzwischen die Erhebung der Klage nachgewiesen worden ist. Auf das Verfahren finden die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung; gegen den Beschluß, durch welchen der Antrag auf Bestimmung einer Frist abgelehnt wird, steht dem Antragsteller, gegen die Entscheidung über die Rückgabe der Sicherheit beiden Teilen die sofortige Beschwerde zu.

Politisches.

— Die Geschichte der angeblichen, auf eine Verlobung des Königs von Spanien bezüglichen Note der „Nordd. Allg. Ztg." klärt sich jetzt auf. Wie die „Köln. Ztg." aus Madrid erfährt, erschien dort jene Meldung in der „Epoca"; sie war die Wiedergabe einer Stelle aus einer Berliner Depesche des „Echo de Paris", was nicht gesagt wurde. Die Note soll gelautet haben:

Wir wünschen keine Verbindung zwischen dem König von Spanien und einer deutschen Prinzessin, in erster Linie vom politischen Gesichtspunkt aus, da sie zu nichts dienen würde, weil Spanien wie Frankreich und England zu der Liga der Mittelmeermächte gehört, und außerdem, weil eine Heirat des Königs von Spanien mit einer unserer Prinzessinnen in die Wohnungen unserer deutschen Prinzessinnen den klerikalen Hauch des Landes Loyolas und den Fanatismus der Inquisition hineintragen würde.

Die „Köln. Ztg." fügt diesen Mitteilungen in einem Berliner Drahtberichte hinzu:

Es ist sogleich durch alle Mittel, über die man verfügte, in Madrid amtlich und nichtamtlich erklärt worden, daß ein solcher oder ähnlicher Artikel niemals in der „Nordd. Allg. Ztg." erschienen ist. Wie diese Fälschung zu stande gekommen sei, konnte man sich in Berlin zuerst gar nicht erklären, und erst heute hat sich herausgestellt, daß in der Tat ein Artikel in diesem Sinne erschienen ist, aber nicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", sondern in der „Deutschen Zeitung" vom 7. d. M. Dieser Artikel wurde nun in einer sehr hämischen Meldung über den Einzug des Königs von Spanien in Berlin an das „Echo de Paris" gesandt, aber mit einer Bemerkung in dem Sinne, nachdem die „Nordd. Allg. Ztg." die liebenswürdige Note angeschlagen habe, komme jetzt die „Deutsche Zeitung" mit der angeführten Aeußerung. Die konservative „Epoca" übernahm diese Stelle und schob, ohne die „Deutsche Ztg." zu erwähnen, der „Nordd. Allg. Ztg." die grobe Auslassung zu. Im besten Falle scheint also das Madrider Blatt zwei Blätter verwechselt zu haben. . . . Wir erwarten, daß das Madrider Blatt sich darüber äußert, wie es möglich war, daß die Unterschiebung in seiner Redaktion vorkam. Da der wirkliche Tatbestand nunmehr festgestellt ist, ist die Sache insofern jeder politischen Bedeutung entkleidet, die sie in der Tat gehabt haben würde, wenn die ungehobelten Worte in einem deutschen Regierungsblatte gestanden hätten. Die Wirkung, die die Verwechslung im ersten Augenblick in Spanien ausüben konnte, wird dadurch aufgehoben, und die Spanier selbst werden sich nach dem Gesagten ein richtiges Bild von den unverantwortlichen Mitteln machen, mit denen gegen Deutschland gearbeitet wird.

— Der Prinzregent von Bayern richtete an den Nürnberger Bürgermeister von Schuh sein Handschreiben, in dem er seinem herzlichen Dank über die wohltuenden Kundgebungen patriotischen Empfindens der Nürnberger Bevölkerung Ausdruck gibt und insbesondere auch über den herzlichen Empfang, der dem Kaiser, der Kaiserin, dem Kronprinzen, dem Großherzog und der Großherzogin von Baden von allen Seiten zu teil geworden sei. Aufs neue habe sich erwiesen, wie die Liebe und Anhänglichkeit zum angestammten Königshaus mit der Treue zu Kaiser und Reich in allen Bayernherzen aufs innigste verknüpft sei.

Hochschulwesen.

— Die Aussichten auf Frieden an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg sind dem „Hannov. Cour." zufolge noch immer sehr gering. Auf die Bitte der Studentenschaft um Vermittelung, die bekanntlich vor etwa 14 Tagen an sämtliche Professoren gerichtet wurde, sind nur etwa ein Dutzend Antworten (bei ungefähr 150 Professoren) eingelaufen, und auch diese fast alle mehr oder minder höflich ablehnend. Nachdem so der Appell an die Professoren ergebnislos geblieben ist, wollen die Führer der Studentenschaft heute abend über die weiteren Schritte beraten. Welcher Art diese sein werden, bleibt abzuwarten. Zu der ultima ratio des Streiks dürfte jedenfalls kaum gegriffen werden.

Religion und Konfession.

— Eine Teilaufführung für die Volksschulen fand dieser Tage in Barmen statt. Die Unduldsamkeit der evangelischen Pastoren hat leider einem großen Teil der Schüler der Oberklassen nicht gestattet, an diesem Feste teilzunehmen. Die hochwürdigen Herren haben nämlich allen Schülern und Schülerinnen, die ihren Konfirmandenunterricht genießen, den Besuch des Theaters verboten. So berichtet die „Barmer Ztg.", und dann fährt sie wörtlich fort: „Ein hiesiger Pastor brachte die Angelegenheit sogar auf der Kanzel in seiner Predigt zur Sprache. Er führte aus, daß der Teufel, wenn er seine Zwecke erreichen wolle, nicht in Person komme, sondern seine Boten sende! Die Herren, die den Kindern das Schauspiel geboten, hätten gewiß in bester Absicht gehandelt, und er wolle ihnen keinen Vorwurf machen, aber die Folgen hätten sie nicht bedacht. Als Beispiel führte er aus seiner Jugend an, im Gymnasium hätte er mit seinen Mitschülern unter Führung des Lehrers an einer „Wallenstein"=Aufführung teilgenommen. Dieser Theatergenuß habe die Folge gehabt, daß viele von ihnen später heimlich und ohne Wissen und Willen der Eltern, oft zu Dutzenden, das Theater besucht und alles mögliche gesehen hätten, auch wie man die Eltern und Lehrer betrügt. Die Folge davon sei gewesen, daß die Schüler zerstreut und flatterhaft wurden 2c." — Zu diesem Zelotismus bemerkt die „Barmer Ztg." lakonisch und satirisch: „O Wuppertal, o Muckertal!"

Volksschule.

— Die „Natlib. Korresp." nagelt fest, daß die „Kreuzztg." in das Horn der „Germania" stößt und bezüglich der Volksschulvorlage mit einer Verständigung der Konservativen mit dem Zentrum droht. Tröstlich berühre dabei, daß nach Ansicht der „Kreuzztg." für eine Neuregelung unter Aufrechterhaltung des status quo in bezug auf die Konfessionalität der Volksschule jederzeit eine Mehrheit vorhanden sei. Zur gegenwärtigen Rechtslage gehöre aber auch, daß die Gemeinden überall in Preußen mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde Simultanschulen errichten dürfen. Wenn die „Kreuzztg." auch diesen status quo mit den Nationalliberalen verteidigen und sicherstellen wolle, werde sie nicht nötig haben, sich wegen der Verständigung mit dem Zentrum behufs Erlangung einer Majorität zu bemühen!

— Der Verband der größeren preußischen Landgemeinden hält am 8. Dezember in Berlin seine Generalversammlung ab. Auf ihr soll auch folgender Antrag des Vorstandes beraten werden: „Die Königliche Staatsregierung und das Abgeordnetenhaus zu bitten, daß in dem Gesetz über die Schulunterhaltungspflicht die Landgemeinden von mehr als 10,000 oder 20,000 Einwohnern in bezug auf die Verwaltung der Volksschulen und die Anstellung der Lehrer den Städten gleichgestellt werden."

— Was den Inhalt des Schulgesetzentwurfs angeht, so kommen für ihn, wie die „Freis. Ztg." zutreffend hervorhebt, augenscheinlich nur diejenigen Materien in Betracht, welche der Zedlitzsche Entwurf von 1892 in 74 Paragraphen der drei ersten Abschnitte behandelte. Enthalten waren darin Bestimmungen über Aufgabe und Einrichtung, Träger der Rechtsverhältnisse, Verwaltung und Behörden bei den öffentlichen Volksschulen. Auch bei diesen Materien ist ausgeschieden die Bildung größerer Schulverbände zur Tragung der Baulasten, die Regelung der staatlichen Schulaufsicht und der Aufsichtsbehörden. Eine Neuregelung der Lehrerbesoldungen wird auf ein in einer späteren Session vorzulegendes besonderes Gesetz verschoben. Bis dahin sollen gewisse Härten nur durch Vergrößerung des Dispositionsfonds des Ministeriums ausgeglichen werden. Abgesehen von dem Verhältnis von Konfessionsschulen und Simultanschulen werden die Fragen der Organisation der lokalen Schulbehörden, der Zusammensetzung der städtischen Schuldeputationen und der ländlichen Schulvorstände, insbesondere die Beteiligung der Geistlichkeit an diesen Organisationen zu Gegensätzen besonderen Anlaß geben.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die Königl. Justiz=Prüfungskommission kann in diesen Tagen auf ein 150jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde gegen Mitte November 1755 von Friedrich d. Gr. ins Leben gerufen und hatte ihren Sitz zunächst im Gebäude des ehemaligen Obertribunals in der Lindenstraße, seit der Gerichtsreorganisation im Jahre 1879 aber im Justizministerium. Jeder Jurist, der als Richter, Staats= oder Rechtsanwalt tätig sein will, muß vor dieser Kommission das Assessorenexamen ablegen. Die Prüfungskommission, deren Mitgliederzahl infolge des Andranges zur juristischen Laufbahn allmählich auf 15 gestiegen ist, setzt sich aus vortragenden Räten des Ministeriums, Räten des Kammer= und des Oberverwaltungsgerichts zusammen; dem jetzigen Justizminister ist es zu verdanken, daß auch Rechtsanwälte in die Kommission berufen werden. Ihr Präsident ist gegenwärtig der Wirkl. Geh. Rat Dr. Eccius; er übernahm das Amt aus den Händen des bekannten Rechtslehrers Dr. A. Stölzel, der es im vorigen Jahre aus Gesundheitsrücksichten niederlegte. Aus Anlaß des Jubiläums vereinigten sich die Mitglieder der Kommission gestern im Englischen Hause zu einem Festmahl, dem auch Justizminister Dr. Schönstedt und zahlreiche Räte des Ministeriums, des Königlichen Kammergerichts 2c. beiwohnten. Der Minister gedachte der Bedeutung des Tages und teilte zugleich mit, daß der Kaiser aus Anlaß des Jubiläums den Mitgliedern der Kommission: Oberverwaltungsgerichtsrat Mencke, Geh. Oberjustizrat Dr. Frenken, Geh. Justizrat Ule und Justizrat Schwering Ordensauszeichnungen verliehen habe. Präsident Dr. Eccius sprach dem Minister den Dank der Kommission aus; er schloß mit einem Hoch auf den „fürsorglichen und allverehrten" Chef der Justizverwaltung.

Landwirtschaft.

— Im Jahre 1906 wird die Deutsche Landwirtschafts=Gesellschaft ihre 20. Wanderausstellung in Berlin, und zwar auf einem von der Stadt Schöneberg zur Verfügung gestellten Gelände am Wannseebahnhofe Friedenau in den Tagen vom 21. bis 26. Juni abhalten. Schon einmal vor 12 Jahren, im Jahre 1894, fand diese Veranstaltung in Berlin, im Treptower Park, statt, doch ist anzunehmen, daß, da die Wanderausstellungen der Deutschen Landwirtschafts=Gesellschaft von Jahr zu Jahr sich vergrößert haben, die Ausstellung 1906 in Berlin einen erheblich größeren Umfang an Ausgaben und Einnahmen, ebenso wie an Besucherzahl haben wird, als die Ausstellung vom Jahre 1894. Der Umfang der Beschickung kann einstweilen nur geschätzt werden, doch wird man mit 600 Pferden, 1200 Rindern, 1000 Schafen, 600 Schweine 2c. zu rechnen haben. Auch eine reiche Erzeugnisbeschickung, an der sich auch in der wissenschaftlichen Abteilung die staatlichen Institute beteiligen werden, und eine umfangreiche Maschinenausstellung wird zur Stelle sein.

Finanz= und Steuerwesen.

— Mit der Tabaksteuererhöhung beschäftigte sich am Sonnabend in Heiligenstadt (Eichsfeld) eine öffentliche Versammlung der Fachabteilungen des katholischen Arbeitervereins. Es wurde nachdrücklichst auf die große Gefahr hingewiesen, die den 10—15,000 Tabakarbeitern des Eichsfeldes durch die geplante Tabaksteuererhöhung erwachse. Tausende dieser Arbeiter würden brotlos gemacht. Die Fabrikation von besseren Zigarren ist jetzt der Haupt=, ja man kann fast sagen, der einzige Industriezweig auf dem Eichsfelde. Auf das Zentrum stützen nach der „Nordh. Ztg." die katholischen Arbeiter des Eichsfeldes ihre Hoffnung, da diese Partei bisher stets gegen eine Mehrbesteuerung des Tabaks eingetreten sei. In der dem Vortrage folgenden Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Behörden Eingaben gegen die Tabaksteuer an den Reichstag absenden möchten. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, worin gesagt ist, daß von der Annahme einer neuen Tabaksteuer ein wirtschaftlicher Niedergang des Eichsfeldes befürchtet wird.

Verkehrswesen.

— Wie verlautet, sollen die Verhandlungen über den Abschluß der deutsch=holländischen Postunion demnächst beginnen.

— Dem Landeseisenbahnrat ist eine Vorlage wegen Frachtermäßigung für Braunkohle und Koks zum Betriebe von Hochöfen, Siemens=, Martin=, Puddel= und Schweißöfen, Walz= und Hammerwerken zugegangen. Es handelt sich um Anträge einer Reihe von Werken, darunter auch solchen des Lahn= und Dillbezirkes (Durchrechnung der dem Siegerland bewilligten Einheitssätze 1,4 + 6). Der Eisenbahnrat wird ersucht, sich über die Anträge gutachtlich zu äußern. Der Eisenbahnrat hatte sich früher einstimmig für die ermäßigten Ausnahmetarife für das Siegerland ausgesprochen, dagegen für das Lahn= und Dillgebiet nur mit Mehrheit.

Industrie und Handel.

— Der Verband der Berliner Metallindustriellen erklärt die Behauptung, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und andere große Firmen ausgetreten seien, für vollständig unwahr. Im Gegenteil seien viele große Firmen nach dem Streik neu eingetreten und verschiedene andere hätten sich gemeldet.

Militär= und Zivilbeamte.

— Die sächsische Staatseisenbahnverwaltung hat bestimmt, daß die beiden höchsten Lohnstufen ihrer Arbeiter bereits nach dem 21. bezw. 16. Dienstjahre, d. h. um je fünf Jahre früher erreicht werden können. Außerdem sollen an alle Bediensteten nach 25jähriger Dienstzeit bei guter Führung von fünf zu fünf Jahren steigende Belohnungen von 30—150 M. gewährt werden. Der dreitägige Erholungsurlaub unter Fortgewährung des Lohnes soll künftig allen Arbeitern nach fünfjähriger Dienstzeit bewilligt werden.

— Eine große öffentliche Techniker=Versammlung, die erste ihrer Art im Deutschen Reiche, fand Freitag abend in der Tonhalle in Berlin statt. Weit über 1000 Ingenieure und Techniker waren dem Rufe des seit 1904 bestehenden „Bundes der technisch=industriellen Beamten" gefolgt, um einen Vortrag des durch seine Veröffentlichungen über industriellwirtschaftliche Fragen bekannt gewordenen Ingenieurs Julius H. West über das Thema: „Technische Angestellte und ihre Erfindungen" zu hören. Seine Vorschläge zu dieser brennenden Frage wurden von der Versammlung mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Die Versammlung beauftragte den „Bund der technisch=industriellen Beamten", diese Beschlüsse durch eine Deputation den verbündeten Regierungen zu übermitteln und gleichzeitig eine entsprechende Petition an den Reichstag zu richten. Schließlich stellte die Versammlung die Forderung auf, daß bei Ausarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Regelung des Patentwesens auch die Vertreter der technischen Angestellten amtlich zu vernehmen seien.

Polenfrage.

— Der neue fürstbischöfliche Delegat Probst Kleineidam hat sich mit aller Entschiedenheit gegen die nationalen Ansprüche der Berliner Polen auf kirchlichem Gebiet ausgesprochen und einer Deputation gegenüber auf die Bemerkung hin, daß etwa 80 polnische Kinder in Berlin der Kommunion überhaupt fernbleiben würden, wenn sie nicht dazu in ihrer polnischen Muttersprache vorbereitet würden, erklärt: „Nun, dann lasse ich es darauf ankommen."

— Mit einem vollständigen Siege der Polen endeten die Kirchenwahlen in der Liebfrauen=Gemeinde im Südosten Berlins. Es gelang den Polen, dank einer lebhaften Agitation mit 158 gegen 131 deutsche Stimmen drei der Ihrigen in den Kirchenvorstand und mit 143 gegen 63 Stimmen zwölf polnische Kandidaten in den Gemeinde=Kirchenrat hineinzubringen.

Heer und Flotte.

— Der neue Marineetat wird dem „Hann. Cour." zufolge zum weiteren Ausbau der kleinen Kreuzer zwei Ersatzforderungen enthalten. Von einem Vermehrungsbau dieser Schiffsklasse ist im Interesse der Vergrößerung des Hochseetorpedobootsmaterials Abstand genommen.

Ausland.

Der Madeira=Konflikt.

Ueber den deutsch=portugiesischen Zwischenfall bezüglich der Sanatorien auf Madeira macht die Zeitung „Novidades" folgende Angaben:

Eine deutsche Gesellschaft mit dem Fürsten Hohenlohe an der Spitze hat bekanntlich die Konzession zur Errichtung von Sanatorien und Krankenhotels erhalten; unter den Privilegien der Gesellschaft befindet sich auch das der zollfreien Einführung aller für die Sanatorien nötigen Gegenstände, sowie der Expropriation der zum Bau der Sanatorien und Hotels nötigen und geeigneten Grundstücke. Die dortigen Geschäftsleute und Hotelbesitzer, meist Engländer, behaupten nun, daß Gegenstände in Masse zollfrei eingeführt werden, die mit dem Zweck der Sanatorien in keiner Verbindung stehen, wie z. B. Möbel, Tapeten, Pianos usw., wodurch die heimische Industrie geschädigt werde; sie haben daher an die potugiesische Regierung wiederholt Beschwerden gerichtet, die auch von der englischen Regierung unterstützt wurden. Sie haben auch zur Selbsthilfe gegriffen, indem sie die Ländereien aufkauften, die zur Errichtung von Sanatorien und Hotels die geeignetsten sind. Auf einem dieser Grundstücke will nun die deutsche Gesellschaft ein Hotel mit Kasino errichten und verlangt die gesetzliche Enteignung; die Engländer protestieren dagegen mit dem Hinweis darauf, daß ein Kasinohotel mit dem Zweck der Sanatorien nichts gemein habe, also die Vorbedingung der Expropriation nicht gegeben sei. Die deutsche Regierung unterstützt die Forderung der Gesellschaft und hat sogar, Ende des letzten Monats, eine Art Ultimatum gestellt, indem sie eine Frist bestimmte, innerhalb deren die Regierung sich entschieden haben muß. Die Regierung denkt daran, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Ein englischer Kaufmann, der soeben aus Madeira zurückkehrte, hat einem Vertreter des Bureau Reuter die Sache in ähnlicher Weise dargestellt. Er sagte, die englischen Kaufleute müßten für alle eingeführten Waren einen Wertzoll von 25 bis 30 Prozent bezahlen, während die Deutschen alle möglichen Gegenstände zollfrei einführen und sogar die Errichtung eines Kohlendepots planen. Auf diese Weise könne der englische Handel nicht mehr konkurrieren und werde allmählich durch den deutschen Handel verdrängt und ersetzt. Die Engländer auf Madeira seien der Ansicht, daß auf Madeira kein englisches Eigentum mehr als gesichert betrachtet werden könne, wenn das fragliche Grundstück zugunsten der deutschen Gesellschaft expropriiert werde.

Deutsch-amerikanischer Tarifkrieg?

Die „Morning Post" veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, in welchem es heißt, es sei sehr unwahrscheinlich, daß sich nach dem nächsten März, wenn der neue deutsche Tarif in Kraft trete, ein Tarifkrieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten werde vermeiden lassen. In offiziellen Kreisen der Union sei man der Ansicht, daß Deutschland als der Angreifer angesehen werden müsse, weil man in Deutschland einen Tarif eingeführt habe, der die amerikanischen Interessen schädigen müsse. Man gebe selbstverständlich zu, daß Deutschland vollkommen das Recht habe, irgend einen Tarif anzunehmen, der ihm zusage, aber die amerikanische Regierung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051116024/fragment/page=0002
DFG

weigere sich unter allen Umständen, nur des lieben Friedens wegen Interessen der Vereinigten Staaten schädigen zu lassen. Man wisse, daß der Präsident gern einen Tarifkrieg verhindern wolle, aber er sei trotzdem nicht gesonnen, zu weit nachzugeben, und wenn er es wollte, würde er nicht die nötige Unterstützung beim Senat finden. Endlich sagt der Korrespondent, es liege durchaus kein Grund für die Annahme vor, daß der Kongreß mehr denn vor Jahresfrist gesonnen sei, den Tarif zu revidieren, und es sei daher auch sehr zweifelhaft, ob der Präsident in seiner Botschaft die Sache überhaupt erwähnen werde.

Die Königswahl in Norwegen.

Der Name des neuen Königs wird Karl V. sein. In einer Konferenz beim Minister des Aeußern wurde gestern festgesetzt, daß die Königsflagge purpurrot mit dem goldenen Löwen sein soll.

Der Generalausstand in Frankreich.

Die Arsenalarbeiter in Toulon beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. Auch in Brest und Lorient wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen; in beiden Städten wollen sich auch andere Arbeiter dem Ausstand anschließen.

Der Abgeordnete Fénéro sprach gestern beim Minister des Innern, Dubief, vor und erklärte, man sei in Toulon zu einer übermütigen Kraftentwicklung der Staatsgewalt geschritten, die durch die Haltung der Arbeiter nicht gerechtfertigt sei. Er werde ihn heute in dieser Angelegenheit in der Kammer befragen. Dubief erklärte, die Beantwortung der Frage zu übernehmen.

Balfours Politik gegenüber Rußland.

Der „Observer", das bekannte Londoner Sonntagsblatt, das sich neuerdings die Aufgabe gestellt zu haben scheint, jeden Sonntag seinen Lesern etwas Sensationelles zu bringen, beschäftigte sich am Sonntag mit der Möglichkeit einer anglo-russischen Entente. Das Blatt behauptet, die weitgehendsten Erkundigungen über den Stand dieser Frage eingezogen und eine Darstellung erhalten zu haben, die man als autorisiert bezeichnen könne. Der Aufsatz enthält aber nicht sehr viel Neues und entspricht überhaupt wenig den Erwartungen, den man nach dieser Einleitung an ihn unwillkürlich stellt. Der Verfasser geht gerade über die schwierigen Punkte, die einer russisch-englischen Entente im Wege stehen, viel zu leicht und oberflächlich hinweg und berührt einige der schlimmsten überhaupt nicht, ja man kann wohl sagen, daß wenn es sich wirklich um weiter nichts handelte, die Entente schon lange bestehen würde. Der Verfasser behauptet, daß man auf russischer Seite zu allernächst gegen die Bestimmungen der englisch-japanischen Allianz eingenommen sei, die sich auf die indischen Grenzen und die Verteidigung des indischen Reiches überhaupt bezogen. Dieselben würden als eine Bedrohung der ganzen mittelasiatischen Politik Rußlands betrachtet. Weiter gehe man in Rußland von dem Grundsatz aus, daß die chinesische Frage nicht durch die englisch-japanische Allianz gelöst werden könnte, denn dieser Vertrag berücksichtige nur die Interessen zweier Mächte, während bei der Lösung der chinesischen Frage die Interessen aller Mächte in Betracht gezogen werden müßten. Dann geht der Artikel auf die Frage über, was England nun Rußland zu bieten imstande sei. Die Antwort des Verfassers ist: das offene Tor in Persien und gleiche Handelsrechte im Orient überhaupt. Von einer russischen Flottenbasis am Persischen Golf könne jedoch keine Rede sein, dagegen werde man auch in Südpersien dem Unternehmungsgeist des russischen Kaufmanns keinen Stein in den Weg legen. Weiter meint der Verfasser, daß Großbritannien nichts gegen den Bau der Bagdadbahn einwenden würde, die die Macht Rußlands in Kleinasien außerordentlich stärken dürfte, ganz abgesehen davon, daß auf diese Weise neue Quellen für den russischen Handel geöffnet werden würden. Ueberhaupt würde man gegen russische Unternehmungen in Kleinasien nichts einzuwenden haben, selbst nicht gegen Unternehmungen in Konstantinopel, solange die Signatarmächte der auf das Schwarze Meer bezüglichen Verträge einverstanden seien. Deutschland habe während des Burenkrieges, als Rußland sich nicht an die Verträge das Schwarze Meer betreffend halten wollte, erklärt, es habe kein Interesse an diesem See, es stehe also kaum zu erwarten, daß von Berlin aus jetzt irgend welche Schwierigkeiten gemacht werden würden. Die Balkanfrage enthalte manche Möglichkeiten, von denen die panslawistische Vereinigung eine der wichtigsten sein würde, und auch gegen eine solche werde England nichts einzuwenden haben. Rußland könne sich da leicht einen warmen Hafen sichern, und der kranke Mann brauche nicht immer krank zu bleiben. So liege kein Grund vor, warum man sich nicht mit Rußland einigen sollte, und zwar auf der Grundlage eines ehrlichen Geben und Nehmen.

Die Flottendemonstration gegen die Pforte.

Die Aufforderung der sechs Vertreter der Mächte an die Pforte, ihr Verlangen ohne weiteres Zögern anzuerkennen, widrigenfalls effektive Repressionsmittel eintreten würden, ist gestern abend erfolgt. Verlangt wurde die Annahme der Finanzkommission für die drei macedonischen Provinzen, sowie des von ihr vereinbarten und von den Botschaftern genehmigten Reglements, ferner die Verlängerung der Vollmachten des Generalinspekteurs Hilmi Pascha und die Erneuerung des Kontraktes der an der Reorganisation der Gendarmerie beteiligten fremden Offiziere, in beiden Fällen auf zwei Jahre.

Ende des kretischen Aufstands.

Der kretensische Chef Veniselos hatte gestern eine Unterredung mit den Konsuln der Schutzmächte, in der verabredet wurde, daß die Aufständischen am kommenden Sonntage die Waffen niederlegen.

Die Wirren in Rußland.

Die Meuterei in Wladiwostok.

Nach Schanghaier Telegrammen wurden die dortigen russischen Behörden um Hilfe für Wladiwostok ersucht. Die dort interniert gewesenen russischen Kriegsschiffe, der Kreuzer „Askold", das Kanonenboot „Mandschur" und die Zerstörer „Grosovoy" und „Bobry" erhielten Befehl, nach Wladiwostok zu gehen, sodaß sie seefertig gestellt werden konnten. Der „Askold" segelte, wie schon gemeldet, ab. Wladiwostok ist fast gänzlich eingeäschert. Die Handelsleute und die bürgerliche Bevölkerung flohen auf die im Hafen liegenden Kauffahrer. Ueber 50 Dampfer sind gegenwärtig dort, außerdem noch andere Schiffe mit Proviant, und diese dürften festgehalten werden. Der Aufstand begann damit, daß die Soldaten bessere Bezahlung verlangten. Als eine Anzahl von ihnen in Arrest genommen wurde, meuterten die anderen, und die Matrosen setzten die Militärgefangenen frei, und steckten das Gefängnis in Brand. Vereint mit den Hooligans plünderten sie dann die Stadt und äscherten alle großen Gebäude, Läden und das Palais des Kommandanten ein. Jetzt ist die Empörung zu Ende. Die Meuterer haben sich angeblich ergeben.

*

In dem Dorfe Malinowska jagten plündernde Banden Tiere in die Kirche. 42 dieser Kirchenschänder wurden darauf von den Bauern erschlagen, bevor Militär herankommen konnte. Aus Korsanow wird gemeldet, daß die Unruhen unter den Bauern immer mehr um sich greifen und sich in Brandstiftungen, Plünderungen von Grundbesitz, Getreidediebstählen usw. äußern. Die Truppen erweisen sich als nicht ausreichend.

Provinzialnachrichten.

r. **Merseburg**, 15. Nov. [Unglücksfall. — Ertrunken.] Hauptmann Kneisp, Chef der 7. Kompagnie des hier garnisonierenden zweiten Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 36, erlitt heute mittag auf dem Nachhauseritt von der Kaserne einen bedauerlichen Unfall. Durch unbekannte Ursache scheute plötzlich das Pferd und ging durch, wobei der Reiter mit dem Kopfe gegen den Stamm eines schräststehenden Chausseebaumes schlug und betäubt aus dem Sattel stürzte. Herbeieilende Soldaten hoben den am Kopfe erheblich Verletzten auf und brachten ihn in einer Droschke nach dem Garnisonlazarett. — Vor den Augen ihres Vaters stürzte sich gestern nachmittag die 18jährige Tochter eines Handarbeiters in die Saale, nachdem sie von ihren Eltern Abschied genommen hatte. Infolge des jetzigen Hochstandes der Saale verschwand die Unglückliche in den Fluten; der sofort unternommene Rettungsversuch war vergeblich. Ueber das Motiv der der Tat, verlautet nichts Bestimmtes.

= **Nietleben**, 15. Nov. [Viehversicherung.] Der am 19. Januar 1902 ins Leben gerufene Vieh-Versicherungs-Verein für Nietleben und Umgegend, hat mit Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Merseburg vom 20 September 1905 sich über den Regierungsbezirk Merseburg ausgedehnt. Der Verein, der nur Schweine und Ziegen versichert, zählt ca. 1200 Mitglieder und hat sich durch den eingeführten Impfzwang auf Vereinskosten, niedrige Prämienzahlung und Zahlung der vollen Entschädigung nach dem durchschnittlichen Marktpreise sehr beliebt gemacht.

* **Wanzleben**, 16. Nov. [Eisenbahnunfall.] Bei Station Blumenberg überfuhr am Dienstag früh ein Schnellzug ein mit Ochsen bespanntes Fuhrwerk. Der Wagen wurde zertrümmert, ein Ochse getötet. Die Lokomotive entgleiste, und der Maschinenführer erlitt leichte Verletzungen. Nach einer halben Stunde konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

w. **Eisleben**, 16. Nov. [Selbstmord.] Gestern abend gegen 7 Uhr stürzte sich ein 16jähriger Malerlehling von dem zweiten Stockwerk eines Seitengebäudes auf die Straße. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, so daß der Tod sofort eintrat. Er soll sich an Kindern vergangen und aus Furcht vor einer Anzeige den Schritt getan haben.

* **Burg**, 16. Nov. [Familiendrama.] Im Hause Schulstraße 48 fanden Hausbewohner den Buchbinder Mork, seine Frau und sein etwa 1 Jahr altes Kind mit durchschnittenen Hälsen in ihrem Blute schwimmend vor. Mork hat, wie vermutet wird, erst seine Frau, dann das Kind und sich selbst getötet. Nach der Lage der Frau ist anzunehmen, daß Mork sie im Schlafe tötete. Das Ehepaar — er ist 29, sie 24 Jahre alt — war erst seit 1½ Jahren verheiratet. Die Tat wurde aus Verzweiflung über die durch längere Krankheit eingetretene Erwerbslosigkeit herbeigeführt.

* **Neuhaldensleben**, 16. Nov. [Aus der Schoßkelle] fiel auf der Fahrt nach Bülstringen der Maurer Fr. Pilz und erlitt einen Genickbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

α **Vom Brocken**, 15. Nov. [Witterungsbericht.] Im allgemeinen herrschte seit dem 12. auf dem Brocken eine sehr lebhafte Witterung. Der dichte Nebel, begleitet von leichtem Schneefall und Schneegestöber, hielt auch heute morgen weiter an. Der Schneefall in den letzten Tagen brachte nur geringe Schneemengen. Augenblicklich ist der Rauhreif prachtvoll entwickelt, er hat an exponierten Stellen eine bedeutende Stärke (60 cm) erreicht. Der Wind hat Neigung nach Nordwesten zu drehen; wir dürften dann stärkere Kälte und Schneefälle zu erwarten haben. Seit Sonntag hat der Touristenverkehr vollständig aufgehört. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

* **Halberstadt**, 16. Nov. [Die Zwangsversteigerung] des Langeschen Neubaues, Breiteweg 37, erfolgte vorgestern auf dem hiesigen Amtsgerichte. Die Zwangsversteigerung war von dem Preußischen Beamtenverein in Hannover, der Inhaber der ersten Hypothek von 230,000 M. ist, beantragt. Nach dieser waren noch so viel Hypotheken eingetragen, daß sich eine Belastung von etwa 500,000 M. ergibt, die sich auf etwa 42 Eintragungen verteilen. Das höchste Gebot wurde mit 385,000 M. vom Maurermeister Konrad abgegeben, es sind somit ungefähr 120,000 M. an Hypotheken ausgefallen, wobei zu bemerken ist, daß nicht alle Bauforderungen eingetragen waren. Herr Konrad gab das Gebot nicht für sich, sondern für eine aus Beteiligten neu zu bildende Gesellschaft ab.

— [Ordensverleihungen.] Verliehen wurde: Dem Pfarrer Franz Koch zu Memleben im Kreise Querfurt und dem Pfarrer emer. Berthold Gutsche zu Bad Sachsa, bisher zu Nordau im ehem. Jerichowschen Kreise, der Rote Adler-Orden vierter Klasse; dem pens. Eisenbahnvorarbeiter Wilhelm Brann zu Elsleben im Kreise Neuhaldensleben das Allgemeine Ehrenzeichen.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirke des IV. Armee-Korps] Sofort: Roßlau a. E., Magistrat, Expedient; Bewerber hat die Bearbeitung der Kranken- und Invaliditätssachen und die Verwaltung der Meldestelle der Gemeindekrankenversicherung zu übernehmen und muß flott protokollieren können; Probezeit sechs Monate; auf mehrmonatige Kündigung; 1200 M. pro Jahr, bei nur guten Leistungen ist Gehaltsaufbesserung nicht ausgeschlossen; Bewerber müssen die anhaltische Staatsangehörigkeit seit zwei Jahren besitzen.

* **Jena**, 16. Nov. [Die Hospitalkirche. — Schillerstein.] Für die Erhaltung der vielerwähnten Hospitalkirche tritt jetzt auch Professor Henrici in Aachen ein, der zur Revision des Stadtbauplanes von Jena berufen wurde und damit noch beschäftigt ist. Die Vietät erheische, an dem Alten festzuhalten, solange man nicht Veranlassung habe, ein anderes Denkmal, einen Monumentalbrunnen oder dergl. an seine Stelle zu setzen. — An dem zu Schillers 100jährigem Todestage in Wenigenjena errichteten Schillerstein wurde am 12. mit einer schlichten Feier ein Reliefbild mit Gedenktafel enthüllt. Pfarrer Ackermann von der Kirche, in der Schiller mit seiner Lotte getraut wurde, hielt eine Ansprache.

* **Saalfeld**, 16. Nov. [Der Gemeinderat] beschloß die Erbauung eines neuen städtischen Krankenhauses im Gesamtkostenbetrage von 170,000 M.

* **Koburg**, 16. Nov. [Die Stadtverordneten] beschlossen mit 30 gegen 5 Stimmen die Errichtung eines Krematoriums im Anschluß an die Leichenhalle. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß das Krematorium im Sommer 1906 in Gebrauch genommen werden kann.

* **Leipzig**, 16. Nov. [Fabrikbrand.] In Zweenfurth an der Leipzig-Dresdener Landstraße brach gestern vormittag in der großen Wachs- und Ledertuch-Fabrik von Alexander Schumann (Inhaber A. Schumann und Kommerzienrat M. Gräbner) Feuer in den Grundier- und Trockenanlagen aus. Trotz sofort angestellter energischer Versuche, des Feuers Herr zu werden, verbreitete sich dieses mit Gewalt und ungeahnter Geschwindigkeit über das betr. Gebäude, das in einer knappen Stunde vollständig ausbrannte. Nur das Erdgeschoß, welches mit einer isolierenden Gipsdecke versehen war, blieb verschont. Der Schaden an Materialien, Maschinen 2c. wird auf über 100,000 M. geschätzt.

* **Leipzig**, 16. Nov. [Geflüchtet] ist der Leipziger Geschäftsführer der Vera Diamant Compagnie, Blitstein aus Bukarest, gegen den die Untersuchung wegen unlauteren Wettbewerbs schwebt. Er wird seitens der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt.

⊙ **Dresden**, 15. Nov. [Vergebung städtischer Lieferungen an Stadtverordnete.] Großes Aufsehen erregt hier ein von den „Dresdener N. N." veröffentlichtes Schreiben des Oberbürgermeisters Beutler an das Ratskollegium, in dem dieser den Vorschlag macht, städtische Lieferungen, soweit sie in engerer Konkurrenz oder freihändig vergeben werden, in keinem Falle an ein Mitglied der städtischen Kollegien zu vergeben, um Mißdeutungen, die deren Ansehen schädigen könnten, unmöglich zu machen. Diese Veröffentlichung bezeichnet der amtliche „Dresd. Anzeiger" als grobe Indiskretion. Im Stadtverordnetenkollegium selbst ist schon verschiedentlich Stellung genommen worden gegen solche Lieferungen, und es steht zu erwarten, daß die Angelegenheit durch diese Veröffentlichung zu einem erfreulichen Ende geführt wird.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 14 Seiten. —

Die Herzleiden, ihre Ursachen und Bekämpfung.

Von Dr. Burwinkel in Nauheim. 4.—6. Auflage. 1,20 M., geb. 2 M. Engl. edit. Heart-disease 1,20 M. Mit der Lungenschwindsucht auf. 2 M., geb. 3 M. Verlag der „Ärztlichen Rundschau", München 26.

„Die Ärzte sollten das Buch den Patienten direkt empfehlen; es wirkt glänzend auf die Psyche."

Deutsche Ärzte-Zeitung. Blätter f. Volksgesundheitspflege u. a.

Fernruf 379. **Bruno Freytag, Halle,** Leipziger Strasse 100, part., I. u. II. Etage.

Spezial-Abteilung für

Teppiche, Gardinen, Dekorationen, Portièren, Möbelstoffe, Stores, Vitragen, Läuferstoffe, Felle, Vorlagen, Decken, Fenstermäntel, Friese, Kissen.

Reichhaltiges Lager der neuesten Erzeugnisse nur erster Fabrikate.

Handgeknüpfte Smyrna-Teppiche

Extra-Anfertigung
jeder gewünschten Grösse und Farbstellung
ohne Preisaufschlag.

Orientalische Teppiche

in
grossen und kleinen Formaten.
Interessante Auswahl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051116024/fragment/page=0003

PROSPEKT.

Borneo-Kautschuk-Compagnie

Aktiengesellschaft

Kapital 2 Millionen Mark.

Zeichnungsbedingungen.

Unter den folgenden Bedingungen werden 2000000 Mark zur Bildung einer Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Berlin, die sich die Anpflanzung von Kautschuk in Holländisch-Süd-Borneo zur Aufgabe macht, zur Zeichnung aufgelegt: Das Grundkapital wird eingeteilt in 2000 Aktien zu 1000 Mark. Bei der Zeichnung sind 5% des gezeichneten Betrages einzuzahlen, weitere 20% bei der Zuteilung der Aktien und der Rest in jährlichen Raten von abwechselnd 10 und 15% im Laufe der nächsten sechs Jahre. Vollzahlung des ganzen gezeichneten Betrages ist statthaft.

Verzinsung und Dividende.

Die eingezahlten Beträge werden zu Lasten des Baukontos bis zum Ablauf des siebenten Jahres mit 4% verzinst (Bauzinsen). Die Bauzeit (Anlage und Betrieb der Pflanzung bis zum Eintritt ergiebiger Ernten) erstreckt sich auf die Jahre 1906 bis 1912. Vom achten Jahre an tritt an Stelle der Bauzinsen die Dividende, die voraussichtlich eine beträchtliche Höhe erreichen und den Aktien später einen hohen Kursstand schaffen wird.

Wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft.

Die wirtschaftlichen Grundlagen des geplanten Unternehmens sind durch die Süd-Borneo-Gesellschaft, unterstützt durch die Arbeiten des Kautschukkultur-Syndikats, in mehrjähriger Tätigkeit geschaffen worden.

Das Kautschukkultur-Syndikat betreibt schon seit längerer Zeit die Vorarbeiten für die Einführung des Anbaues von Kautschukbäumen sowohl in den deutschen Kolonien als auch in anderen, für diese Kultur besonders gut geeigneten tropischen Ländern, insbesondere durch Veranstaltung von Studienreisen in die Hauptproduktionsländer, durch Anknüpfung von Beziehungen zu hervorragenden Sachkundigen und durch Auswahl geeigneten Bodens. Die neuerdings mit dem Syndikat in Verbindung getretene Süd-Borneo-Gesellschaft hat sich dagegen speziell Holländisch-Süd-Borneo als Arbeitsfeld ausersehen und daselbst im Jahre 1904 umfangreiche Erkundungsreisen zur Ausführung gebracht. Diese erstrecken sich auch auf die Auswahl und vertragsmäßige Sicherung der für Kautschukkultur nach jeder Richtung hin vorzüglich geeigneten, 1355 ha messenden Landparzelle Hayoep.

Der Verkehr der Parzelle mit Bandjermasin, der Hauptstadt Süd-Borneos, ist einfach. Sowohl gute Landwege wie auch eine ausgezeichnete Wasserstraße stehen zur Verfügung. Bandjermasin, der Haupthafen Süd-Borneos, hat regelmäßige wöchentliche Dampferverbindung mit Java und Singapore im Anschluß an die Reichspostdampfer des Norddeutschen Lloyd. Bandjermasin ist auch an den Welttelegraphenverkehr angeschlossen und hat mit den Stationen im Innern telephonische Verbindung. Gesundheitlich bietet dieser Teil Borneos gute Bedingungen. Schwere Formen der bekannten Tropenkrankheiten kommen nicht vor. Temperatur und Niederschlagsverhältnisse sind für die Anlage von Kautschukpflanzungen, die ein feuchtes, heißes Klima beanspruchen, in hohem Maße geeignet. Das Temperaturjahresmittel beträgt 27° C., die Niederschlagshöhe in fünfjährigem Jahresdurchschnitt 2465 mm.

Das Gedeihen der Kautschukbäume auf Hayoep steht außer Frage. Versuche mit Anpflanzung von Ficus elastica und Hovea brasiliensis sind seit einer Reihe von Jahren in dieser Gegend mit Erfolg gemacht worden. Auf Hayoep selbst kommen der Ficus elastica nahe verwandte Ficusarten wildwachsend vor.

Zur Versorgung der geplanten Pflanzung mit Saat und Pflanzmaterial (Stecklinge, Markotten) sind die Eingeborenen in der Nähe schon seit einigen Jahren angehalten, Pflanzschulen von Ficus elastica anzulegen. In Aussicht genommen ist die Bepflanzung eines Teiles des Landes mit Hevea brasiliensis, deren Saat bei der günstigen Lage Bandjermasins zum Weltverkehr, insbesondere zu den Saatbezugsquellen auf Java, Ceylon und den Malaystates, leicht zu beschaffen ist. Aber auch in Südost-Borneo selbst besteht eine kleine Heveapflanzung, deren gesamte Saatproduktion dem Unternehmen unschwer gesichert werden kann.

Ebensowenig Sorge macht die Arbeiterfrage, da dieser Teil Süd-Borneos dicht bevölkert ist. Außerdem sind javanische Kulis leicht aus dem benachbarten Java zu bekommen.

Die wirtschaftlichen Grundlagen für die Anlage der Pflanzung sind also die denkbar besten.

Rentabilität.

Die Rentabilitätsberechnung dieser Unternehmung ist auf Grund genauer Landeskenntnisse an der Hand eigener mehrjähriger Beobachtungen und einwandsfreier Berichte erfahrener Kautschukpflanzer aufgestellt. Die Anlagekosten sind dabei höher angesetzt, als bekannte Kautschukpflanzer der Malayischen Halbinsel sie berechnen.

Die Erntekosten werden mit einem höheren Satz angenommen, als ihn die Pflanzer der Malayischen Halbinsel in Rechnung bringen ($1_{,25}$ Mk. für das kg). Außerdem berechnen wir die Spesen bis auf den europäischen Markt noch mit 50 Pf. per kg. Ungeachtet dieser an und für sich hohen, von uns in die Rechnung eingesetzten Erzeugungskosten belasten wir alljährlich die Unterhaltungskosten noch mit hohen Beträgen für Unvorhergesehenes.

Die Ernteerträge nehmen wir bedeutend kleiner an, als wir das auf Grund der mehrjährigen Probeanzapfungen einer Reihe von vier- und fünfjährigen Bäumen zu tun berechtigt wären.

Wir berechnen für das 5. Jahr einen Ertrag von nur 25 kg per ha, für das 6. Jahr von 59 kg, für das 7. Jahr von 100 kg, für das 8. Jahr von 150 kg, für das 9. Jahr von 200 kg, für das 10. Jahr von 250 kg. Diesen Ertrag von 250 kg per ha bringen wir auch für die Folge in Rechnung, ohne ihn zu steigern, was durchaus richtig wäre.

Den Verkaufspreis für 1 kg marktfertigen Kautschuks setzen wir auf 5 Mk. an, also auf weniger als die Hälfte des Preises, der gegenwärtig für guten Para-Kautschuk bezahlt wird. Für Ficus-Kautschuk (India-Rubber) werden ca. 80% des Marktpreises von Hevea-Kautschuk (Para-Rubber) bezahlt, nach der augenblicklichen Marktnotiz 10 Mk. gegen $12_{,50}$ Mk.

Nach Abzug der gesetzlichen Ueberweisung an den Reservefonds, der Dividende von 5% und der Tantiemen verbleibt noch trotz unserer sehr vorsichtigen Berechnung eine Super-Dividende, die voraussichtlich mit 5% im 8. Jahre anfangen und im Laufe von weiteren 5 Jahren bis über 30% des Anlagekapitals steigen wird.

Dividendentabelle.

(Kurze Zusammenfassung.)

1. bis 7. Jahr.

Eingezahltes Kapital		2000000 M.	
Ernte des 5. Jahres	7500 kg a 5 M.	37500 „	
„ „ 6. „	25200 „ a 5 „	126000 „	2163500 M.
Anlage und Betrieb der Pflanzung einschl. Bauzinsen			2123875 „
Ueberschuß . . .			39625 M.
Ernte des 7. Jahres	55200 kg a 5 M.		276000 „
Betriebsreserve . . .			315625 M.

Jahr	Ernte M.	Betrieb M.	Gewinn M.	Reserven und Tantiemen M.	Dividende 5%	Super-dividende	Gesamt-dividende
8.	501000	264800	236200	36688	100000	5%	10%
9.	763500	348550	414950	79587	100000	12%	17%
10.	1050000	434500	615500	127719	100000	19%	24%
11.	1275000	502000	773000	165520	100000	25%	30%
12.	1425000	547000	878000	190720	100000	29%	34%
13.	1500000	569500	930500	203320	100000	31%	36%

Die Aussichten der Kautschukkultur im allgemeinen.

Neben Baumwolle, Petroleum, Tabak, Kaffee nimmt Kautschuk auf dem Weltmarkt eine der ersten Stellen ein. Im Jahre 1903 wurden nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für $80_{,4}$ Millionen Mark Rohstoffe für die Kautschukindustrie eingeführt. Das erheblich hinter der Nachfrage zurückbleibende Angebot führt zu einer steten Preissteigerung des rohen Gummis. Die Gummifabriken rechnen nach ihren Veröffentlichungen damit, daß eine Ermäßigung der Preise in den nächsten 30 Jahren kaum zu erwarten ist; denn infolge der großen Entwickelung unserer Industrie ist Gummi so unentbehrlich geworden wie Kohle, Petroleum usw. Fortwährend findet die Industrie für diesen Stoff neue Verwendungszwecke. Ein Zurückgehen der jetzt überaus hohen Gummipreise würde sofort neue Verwendungsarten des Kautschuks im Gefolge haben.

Die in den natürlichen Produktionsgebieten des Kautschuks aufgespeicherte Menge des Rohstoffes genügt nicht mehr den gesteigerten Anforderungen der Industrie und ist es dringendes Bedürfnis, neue Kautschukquellen zu erschließen. Hier muß der **plantagenmäßige Anbau** von Kautschuk einsetzen. Die Zone, in der Kautschukpflanzen gedeihen, umfaßt nur wenig Gebiete, die sich wirtschaftlich für diese Kultur eignen. Borneo erfüllt alle Anforderungen in hohem Maße.

Eingehendere Darlegungen mit Plänen, Abbildungen und Berechnungen werden auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Zeichnungen und Einzahlungen nimmt die Firma W. Mertens & Co., G. m. b. H., Berlin W., Königin Augustastr. 14, entgegen. (Bankkonto: Deutsche Bank, Depositenkasse C., Berlin W. 9.)

Berlin, den 15. November 1905.

Kautschukkultur-Syndikat G. m. b. H. **Südborneo-Gesellschaft** G. m. b. H.

Der vereinigte Arbeitsausschuß:

Thomsen, Admiral z. D., Kiel, Vorsitzender. C. F. W. Virgfeld, Hamburg. C. Boehmer, Bandjermasin, Südost-Borneo. H. Fiedler, Plantagenbesitzer, Berlin. W. Gaedertz, Konsul, Lübeck. H. Gremmler, kaufmännischer Direktor, Berlin. M. Gumprecht, Fabrikbesitzer, Neu-Ruppin. L. Heyligenstaedt, Kommerzienrat, Mitglied des Reichstags, Gießen. H. Klüglein, Kiel. Wilhelm Löw, Fabrikant, Heidelberg. H. von Mücke, Finanzrat a. D., Kiel. W. Spemann, Geheimer Kommerzienrat, Stuttgart. Karl Otto Tröger, Mitglied der Handelskammer, Plauen.

Wirtschaftlicher Beirat:

Agronom Dr. S. Soskin, Berlin.
Professor Dr. O. Warburg, Berlin.

Geschäftsführer:

Direktor W. Mertens,
Berlin W. 9, Königin Augustastraße 14.

Zeichnungsschein.

Ich zeichne hierdurch auf das Grundkapital der zu errichtenden **Borneo-Kautschuk-Compagnie, Aktiengesellschaft** ..... zum Nennbetrage auszugebende Aktien von je 1000 Mark zusammen ..... Mark, und zahle 5% des gezeichneten Betrages gleichzeitig an die Firma **W. Mertens & Co.**, G. m. b. H., Berlin W. 9, Köntgin Augustastr. 14, oder auf deren Bankkonto (Deutsche Bank, Depositenkasse C, Berlin W. 9) ein. Weitere 20% werde ich bei der Zuteilung leisten, den Rest in Raten nach Bestimmung und auf Ansuchen des Gesellschaftsvorstandes. Die Zeichnung erfolgt auf Grund des mir bekannten Gesellschaftsvertrages (Satzungsentwurf vom 4. November 1905).

....., den ..... 1905.

Herren **W. Mertens & Co.**, G. m. b. H.,
Berlin W. 9, Königin Augustastr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051116024/fragment/page=0004